

## Kleine Anfrage 123

des Abgeordneten Christoph Schulze

fraktionslos

an die Landesregierung

### Auslegung der Kommunalverfassung I

Zunehmend mehren sich die Beschwerden aus Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten und Stadtverordnetenversammlung über die Einhaltung der Kommunalverfassung. Insbesondere wird moniert, dass sich die Verwaltung, Verwaltungsmitarbeiter und Hauptverwaltungsbeamte nicht an die Kommunalverfassung halten und insbesondere bei der Festsetzung der Tagesordnung bzw. bei der Festsetzung von Tagesordnungspunkten die Kommunalverfassung missachten.

Immer wieder gibt es Beschwerden, dass kleine Fraktionen in Gemeindevertretungen sich beklagen, dass ihre Anträge zur Tagesordnung entweder gar nicht erst auf die Tagesordnung genommen werden oder verspätet oder willkürlich behandelt werden.

Gemäß der Kommunalverfassung ist es eigentlich unstrittig, dass wenn eine Fraktion einen Tagesordnungspunkt behandelt, dieser auch in der Tagesordnung aufgenommen werden muss. Gemäß § 34 Kommunalverfassung ist das Antragsrecht geklärt. Gemäß § 44, Abs. 3 Kommunalverfassung ist festgesetzt, dass die Regeln für Ausschüsse entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung gelten.

Zusätzlich ist in § 44, Abs. 3 geregelt, dass auch zwei Gemeindevertreter, die nicht einer gleichen Fraktion angehören, in einem Fachausschuss gemeinsam die Regelungen nach § 34 geltend machen können. Nunmehr wird geschildert, dass in einer Gemeindevertretung einer Fraktion XY vertreten durch 1 Gemeindevertreter in einem Fachausschuss mit fünf Mitgliedern verwehrt wird in ihrer Eigenschaft als Fraktion einen Tagesordnungspunkt für den Fachausschuss anzumelden und auf die Tagesordnung zu setzen. Die Verwaltung behauptet, dass die Fraktion, die mit einem Sitz im Fünferausschuss vertreten ist, ein zweites und weiteres Mitglied aus dem Fachausschuss gewinnen muss, um den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, weil nur zu zweit in einem Fachausschuss ein Antrag für die Tagesordnung gestellt werden könnte. Dabei beruft sich die Verwaltung der Gemeinde XY auf § 44 Abs. 3, wo geschrieben steht, dass auch zwei Gemeindevertreter eines Fachausschusses einen Tagesordnungspunkt beantragen können.

Nunmehr stellt sich die Frage, ob die Fraktion XY im Fachausschuss, die ja in der Gemeindevertretung in Fraktionsstärke vertreten ist (drei Gemeindevertreter bei der Größe von zwölf der Gemeindeversammlung) in ihren Rechten als Fraktion beschnitten wird.

**Ich frage die Landesregierung:**

1. Kann eine Fraktion in der Gemeindevertretung, die in einem Fünferfachausschuss der Gemeindevertretung vertreten ist mit einem Mitglied einen Punkt zur Tagesordnung anmelden (20 %-Hürde ist erfüllt) oder müssen in einem Fünferausschuss zwei Mitglieder der Gemeindevertretung einen Antrag für die Tagesordnung stellen, damit das rechtswirksam und durchsetzbar ist?